

Japan's bewaffneter Pazifismus: Die Sicherheitspolitik einer wirtschaftlichen Supermacht seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes¹

Carsten Otto

Until the end of the Cold War, Japanese security policy was in essence directed against perceived Soviet hegemonic claims. Today, Japan faces multifaceted security challenges due, inter alia, to the rise of China, the situation in the Korean Peninsula, or the conflict prone politico-security environment in Southeast Asia. Despite these challenges and due to its militaristic legacy in Asia, Japan is confronted with internal and external constraints, exerting serious influence on the formulation and implementation of an independent security policy. The article first outlines Japan's post war security policy and gives an overview of the changed security environment, Japan is confronted with today. The final part of the article examines Japan's political and diplomatic responses to these changes. As will be demonstrated, Japan pursues an active security policy which centers around the promotion of multilateral cooperation mechanisms and its military alliance with the United States. Japan will take on a larger political role in the Asia-Pacific, however, for the time being, it still has to maintain a low key approach to security politics.

I. Einleitung

Japan gilt gemeinhin als Sonderfall unter den machtvollen Akteuren in der internationalen Politik. Denn es agiert trotz seiner herausragenden weltwirtschaftlichen Bedeutung, seiner schlagkräftigen Armee sowie seines hohen Rüstungspotentials in sicherheitspolitischen Fragen mit großer Zurückhaltung und bindet sich bislang in diesem Politikfeld eng an seinen Allianzpartner USA. Japanische Außenpolitik wird daher oft als "reaktiv"² oder als allein auf wirtschaftliche Interessen zugeschnitten charakterisiert, eine Sichtweise, die durch die Unentschlossenheit und Entscheidungsängstlichkeit der japanischen Regierung in internationalen Krisen bestätigt zu werden scheint. Japans zögerliche Haltung im zweiten Golfkrieg dient vielen Beobachtern als ein weiterer Beweis für die außenpolitische "Scheckbuchdiplomatie" und das Desinteresse der asiatischen Großmacht, sich aktiv an der Regelung von Kon-

1 Der Aufsatz beruht auf Ergebnissen eines am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz laufenden DFG-Forschungsprojektes zur "Institutionalisierung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum". Ich danke Manfred Mols und Jörn Dosch für ihre wertvollen Hinweise zu einer früheren Fassung des Manuskripts.

2 Das Konzept des reaktiven, erst auf äußeren Druck reagierenden Staates, stammt von Kent Calder. Vgl. hierzu ders. 1988, S. 517-541.

flikten zu beteiligen.³ Entgegen dieser Kritik ist Japans außenpolitisches Verhalten der neunziger Jahre nicht weniger passiv oder "reaktiv" als das anderer Staaten auch.⁴ Dennoch ist es vielfältigen *äußeren* und *inneren* Beschränkungen unterworfen, ohne deren Kenntnis die heute vorfindbare außenpolitische Zurückhaltung Japans nicht zu verstehen ist. Diese Beschränkungen ergeben sich zunächst aus der spezifischen Geschichte des japanischen Militarismus. Hieraus lassen sich nach innen die Bestimmungen der Verfassung, eine soziale Norm des Pazifismus und eine politische Kultur des Antimilitarismus sowie nach außen die negative Wahrnehmung Japans vor allem seitens seiner asiatischen Nachbarn ableiten. Trotz dieser hemmenden Faktoren haben die Veränderungen, die seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auf die Struktur und die Akteure des internationalen Systems wirken, eine engagiertere japanische Sicherheitspolitik ausgelöst. Zugleich sind entsprechende Vorbehalte in Teilen der Japanischen Öffentlichkeit in den Hintergrund getreten.

II. Die Grundlagen der japanischen Sicherheitspolitik

Nachdem die Landung eines amerikanischen Geschwaders unter Kommodore Perry im Jahre 1853 die Öffnung des bis dahin in freiwilliger Isolation lebenden Landes erzwungen hatte, waren die Entscheidungsträger Japans bestrebt, durch eine schnelle Industrialisierung sowie eine Neuordnung der Gesellschaft⁵ wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu erlangen und der befürchteten Kolonialisierung durch die Industrienationen zu entgehen. Das Militär erhielt hierbei nahezu selbstverständlich eine bevorzugte Stellung innerhalb der politischen Elite des Landes.⁶ Gemeinsam mit einem durch die jahrhundertlange Abschottung von allen äußeren Einflüssen entstandenen Nationalismus, der geprägt war durch den Glauben an die eigene kulturelle Überlegenheit, an das Ideal der "reinen" japanischen Gesellschaft, und der mithin in einem hypertrophen nationalen Selbstbewußtsein gipfelte, schuf die Dominanz der Militärs die Grundlage für die aggressive expansionistische Politik Japans in Asien-Pazifik, die erst mit der bedingungslosen Kapitulation am 15. August 1945 ihr Ende fand.

Diese militaristische Vergangenheit ist die Ursache, daß japanische Außen- und Sicherheitspolitik insbesondere in Asien-Pazifik bis heute mit großem Argwohn beobachtet wird. Bis auf den heutigen Tag wirkt sich Japans schlechter Leumund einschränkend auf die außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten aus und hat allgemein zu einem fehlenden Vertrauen in die japanische Politik geführt. Gerade heute befürchten viele asiatische Staaten, daß ein seiner wirtschaftlichen Macht entsprechendes schärferes außenpolitisches Profil oder die Übernahme vermehrter

3 Japan hatte im Verlauf der Krise ablehnend auf den Wunsch der USA reagiert, Friedenstruppen in die Golfregion zu entsenden und die unter UN-Mandat stehenden militärischen Kontingente vieler Staaten zu unterstützen. Die japanische Regierung beschränkte sich darauf, finanzielle Hilfe zu leisten und beteiligte sich mit insgesamt 13 Milliarden US\$ an den Kosten der Operation am Golf auf.

4 Vgl. Levin 1993, S. 202-217.

5 Vgl. Mendl 1995, S. 21-25.

6 Vgl. den Beitrag "Militarismus" von Ike Nobutaka, in: Hammitzsch, Horst (Hrsg.): *Japan-Handbuch*. Stuttgart 1984, S. 451-455. Die Verfassung von 1889 legte fest, daß die Kriegs- und Marineminister hohe Offiziere sein mußten.

Führungsaufgaben in der Region zu einem Wiedererwachen des japanischen Militarismus führen könnte. Singapurs Lee Kwan Yew hat die Übernahme größerer sicherheitspolitischer Aufgaben durch Japan mit den Worten beschrieben, dies sei wie "giving liqueur chocolate to an alcoholic".

Doch es sind nicht allein äußere Faktoren, die das Handeln der japanischen Regierung vielfältigen Beschränkungen unterwerfen. Die leidvollen Erfahrungen der japanischen Bevölkerung während des Pazifischen Krieges haben auch in Japan selbst zu einer starken sozialen Norm des Pazifismus und einer politischen Kultur des Antimilitarismus geführt.⁷ Noch heute gibt es radikalpazifistische Strömungen, die eine vollkommene Entmilitarisierung Japans und den Verzicht auf jede Form der Selbstverteidigung im Bedrohungsfall fordern.⁸

Japans Sicherheitspolitik ist also einem historisch bedingten Handicap ausgesetzt, welches sich wie ein roter Faden durch die gesamte Nachkriegsgeschichte zieht. Aufgrund der militaristischen Vergangenheit und der heute ausgeprägten wirtschaftlichen intraregionalen Vernetzung zeichnet sich japanische Sicherheitspolitik daher vor allem durch Rücksichtnahme auf mögliche Vorbehalte der Nachbarstaaten aus. Der japanischen Regierung ist daher vor allem daran gelegen, neben der Einbindung in die Allianz mit den USA, die von den Staaten in Asien-Pazifik auch als Mittel zu Einhegung möglicher militärischer Machtansprüche Japans verstanden wird, durch in einen multilateralen Rahmen eingebettetes Handeln sowie durch den demonstrativen Verzicht auf außenpolitische Alleingänge, Vertrauen in seine politische Zuverlässigkeit aufzubauen. In den schriftlichen Verlautbarungen des japanischen Außenministeriums steht daher der Aspekt der *multilateralen Kooperation* deutlich im Vordergrund.⁹ Allein in der Rücksichtnahme auf die Vorbehalte der asiatischen Nachbarn und auf die Einstellungen der eigenen Bevölkerung liege die Chance, Japan wieder zu einem "guten" und "geachteten" Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu machen, so wie dies schon in der Präambel der japanischen Verfassung formuliert worden war:

Wir, das japanische Volk, wünschen Frieden für alle Zeiten (...). Wir wünschen, einen ehrenvollen Platz in einer internationalen Gemeinschaft einzunehmen, die sich um die Erhaltung des Friedens und für alle Zeit um die Verbannung von Tyrannei und Sklaverei, Unterdrückung und Unduldsamkeit von der Erde bemüht.¹⁰

Mit der Annahme der Verfassung im Jahr 1947 hat Japan als einer der Verlierer des Zweiten Weltkrieges einen formalen Schlußstrich unter seine militaristische Vergangenheit gezogen und zugleich die normative Grundlage für seine Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft geschaffen.¹¹

7 Vgl. Soeya 1998, S. 5; ebenso Berger 1993, S. 119-150.

8 Vgl. Inoguchi 1993, S. 145.

9 Vgl. Ministry of Foreign Affairs 1996.

10 Der hier verwendete Verfassungstext ist eine Übersetzung der japanischen Botschaft, Bonn.

11 Takashi Inoguchi gibt hierzu als wichtigste Bedingung an: "First, Japan's policies must be in harmony with those of the international community as a whole. In practice, this means that Japan's actions should be linked to multilateral undertakings wherever possible." Ders. 1993, S. 139.

1. Die japanische Verfassung

Die japanische Verfassung trat am 3. Mai 1947 in Kraft. Sie wurde während der amerikanischen Besatzung und unter der persönlichen Maßgabe des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte General MacArthur entworfen. Die im sicherheitspolitischen Bereich wesentlichste Neuerung betraf das Recht der nationalen Selbstverteidigung Japans. Artikel 9 der Verfassung legt fest:

In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten.

Aufgrund dieses Artikels und der Präambel wird die japanische Verfassung auch als *pazifistische* Verfassung bezeichnet. In der Frage, wie dieser Pazifismus, insbesondere der des Artikels 9, interpretiert werden soll, ist die japanische Gesellschaft indes bis heute gespalten. Eine Minderheit fordert den vollständigen Verzicht auf die bewaffnete Abwehr eines Angriffs und damit auch auf jedes Militär, während die überwiegende Mehrheit der japanischen Bevölkerung die Bedeutung des Verfassungstextes so interpretiert, daß zwar der Krieg generell als legitimes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten abgelehnt wird, nicht aber das Recht des Staates, sich zur Abwehr eines direkten Angriffs auf eigenes Territorium selbst zu verteidigen (individuelle Selbstverteidigung) bzw. als Mitglied der Vereinten Nationen an den völkerrechtlich sanktionierten Einsätzen von UN-Friedenstruppen teilzunehmen.

Die zuletzt beschriebene Sichtweise ist offizielle Politik der japanischen Regierung.¹² Japan hat demnach das Recht zur Selbstverteidigung, allerdings unter der Bedingung, daß es sich um einen direkt gegen Japan geführten Angriff handelt. Der geographische Bereich ist jedoch nicht notwendigerweise auf das japanische Territorium begrenzt und richtet sich nach der jeweils spezifischen Bedrohungssituation. Dennoch dürfen die japanischen Streitkräfte auch unter diesem *situationsbedingten* Konzept der Selbstverteidigung keine Waffengewalt jenseits der Staatsgrenzen anwenden, da dies das notwendige Minimum der zur nationalen Verteidigung anzuwendenden Waffengewalt überschreiten würde. Das japanische Verteidigungsamt weist in seinen Verlautbarungen darauf hin, daß Japan zwar nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen das souveräne Recht besitzt, mit militärischer Gewalt den Angriff eines Dritten gegen einen befreundeten oder verbündeten Staat abzuwehren (kollektive Selbstverteidigung), es jedoch ausdrücklich auf dieses Recht verzichte, da es unvereinbar mit den Verfassungsbestimmungen sei. Auch wenn diese Haltung der japanischen Regierung bereits 1954 formuliert wurde und sich bis heute nicht verändert hat, werden in regelmäßigen Abständen vor allem in den Medien heftige Debatten darüber ausgetragen, ob die japanischen Streitkräfte verfassungsgemäß sind und wenn ja, ob ihr Einsatz *out of area* durch die Verfassung gedeckt ist.¹³

¹² Japan Defense Agency 1996, S. 58-59.

¹³ Einen guten Überblick sowohl über die Geschichte der Verfassung als auch über die verschiedenen Interpretationsansätze geben Seki 1993, S. 19-22; Kunimi 1996, S. 20-23, sowie die schriftlich ge-

Spätestens mit dem Ausbruch des Korea Krieges im Jahr 1950 endete die Utopie eines auf jegliche militärische Basis verzichtenden japanischen Staatswesens. Auf Drängen der USA – große Teile der amerikanischen Besatzungstruppen mußten aus Japan für einen Einsatz in Korea abgezogen werden - stellte Japan 1950 eine eigene "Polizeireservetruppe" von 75.000 Mann auf, aus der seine heutigen Selbstverteidigungsstreitkräfte (*Self-Defense Forces*, SDF) hervorgegangen sind. Dieser vermeintliche Widerspruch zwischen anti-militärischem Verfassungsanspruch und politischer Realität läßt sich gut mit dem Begriff des *bewaffneten Pazifismus*¹⁴ umschreiben.

2. Die japanisch-amerikanische Sicherheitsallianz

Neben der Verfassung stellt die Allianz mit den USA die zweite Säule der japanischen Sicherheitspolitik dar. Sie ist ursprünglich als Mittel zur Einhegung des sowjetischen Machtanspruchs in Asien-Pazifik geschlossen worden und basiert auf dem parallel zum Abschluß des Friedensvertrages mit den USA unterzeichneten Sicherheitsvertrag vom 8. September 1951. Er sanktionierte im ersten Artikel die Stationierung amerikanischer Truppen in Japan zur Sicherung der Region ("Far East") und zum Schutz Japans. Aufgrund der Bestimmungen des Artikels II, der den USA ein Vetorecht bei der Auswahl künftiger, in Japan stationierter fremder Truppen einräumt, ist Japan fest in das westliche Lager eingebunden und zum wichtigsten Vorposten der amerikanischen Vorwärtsstrategie in Asien-Pazifik ausgebaut worden.

Der Sicherheitsvertrag entsprach jedoch nicht nur den amerikanischen Vorstellungen. Japans erster Nachkriegspremier Yoshida Shigeru strebte das Abkommen mit den USA ebenso dringend für die Verwirklichung seiner eigenen Ziele an. Diese Ziele bestanden darin, Japan aus der Isolation zu führen und der Bevölkerung neues Selbstbewußtsein und Wohlstand zurückzugeben. Die Strategie, mit der er dieses Ziel erreichte, ist später als "Yoshida Doktrin" bezeichnet worden.¹⁵ Sie forderte unter anderem, daß Japan alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufschwung konzentrieren, dabei auf ein eigenes außenpolitisches Profil weitgehend verzichten und nur den geringstmöglichen Aufbau seiner eigenen Rüstung vornehmen sollte. Japans nationale Sicherheit sollte ausschließlich durch die USA gewährleistet sein. Yoshida wollte daher den Sicherheitsvertrag unter allen Umständen. Er war die einzigartige Gelegenheit, den Pazifismus der Verfassung aufrechtzuerhalten, während Japan auf Kosten sicherheitspolitischer Selbständigkeit ökonomisches Wachstum erzielen und in die internationale Gemeinschaft zurückgeführt werden konnte. Yoshida hat damit allerdings auch die heutige Einzigartigkeit des japanischen Staatswesens fixiert, die mit dem Begriff der "dualen Identität"¹⁶ treffend beschrieben worden ist. Denn Japan tritt zwar international als ein wichtiger Akteur in Erscheinung, ist aber zugleich aufgrund der inneren und äußeren Zwänge in seinen Handlungen atypischen Beschränkungen unterworfen, die durch die starke Abhängigkeit vom militärischen

führte Debatte um die Änderung der Verfassung zwischen den beiden früheren japanischen Premieren Nakasone und Miyazawa in *Japan Quarterly*, 44 (July-September 1997) 3, S. 4-14.

14 Vgl. Mayer 1996, S. 50-62.

15 Zum Inhalt der Strategie Yoshidas vgl. unter anderem Mendl 1995, S. 3-5; Yahuda 1995, S. 237-238.

16 Vgl. Soeya 1996, S. 17; Soeya 1998, S. 5-7.

Schutz der USA noch verstärkt werden und die verhindern, daß das Land eine seiner wirtschaftlichen Vorrangstellung entsprechende Sicherheitspolitik durchführt.

Der Sicherheitsvertrag ist im Jahr 1960 auf Wunsch der japanischen Regierung nach mehr Gleichheit in den Beziehungen zur USA überarbeitet worden. So sollte das Element der Gegenseitigkeit bei der Abwehr äußerer Gewalt sowie die Verpflichtung der USA stärker betont werden, über die Sicherung der Region hinaus insbesondere die Sicherheit Japans zu gewährleisten. Der Vertrag, der nahezu alle japanischen Forderungen berücksichtigte, trat in seiner veränderten Fassung am 19. Januar 1960 in Kraft.¹⁷ Er verlängert sich seitdem alle zehn Jahre automatisch, sieht regelmäßige Beratungen beider Allianzpartner vor und enthält insbesondere eine deutlichere Zusage der USA hinsichtlich der Verteidigung Japans. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind die beiden folgenden Bestimmungen des überarbeiteten Sicherheitsvertrages:

Each Party recognizes that an armed attack against either Party in the territories under the administration of Japan would be dangerous to its own peace and safety and declares that it would act to meet the common danger in accordance with its constitutional provisions and processes. (Artikel V)

For the purpose of contributing to the security of Japan and the maintenance of international peace and security in the Far East, the United States of America is granted the use by its land, air and naval forces of facilities and areas in Japan. (Artikel VI)

Die beiden Artikel beschreiben zwei Arten von Krisensituationen, die eine gemeinsame amerikanisch-japanische Militäraktion auslösen können. Die eine - die sogenannte "Artikel V Situation" - beinhaltet den direkten bewaffneten Angriff gegen Japan, während die andere - die "Artikel VI Situation" - sich auf die Sicherung der Region und die logistische Unterstützung der USA durch Japan bezieht.

In seiner ursprünglichen Version war Artikel V entsprechend der Vorlage der amerikanischen Regierung auf die gesamte Region bezogen. Der darin enthaltene Wortlaut "in the Pacific" ignorierte jedoch die restriktive Interpretation des Selbstverteidigungsrechts seitens der japanischen Regierung und hätte japanische Truppen zur Teilnahme an entsprechenden militärischen Aktionen der USA verpflichtet. Aufgrund dieses offensichtlichen Gegensatzes, der nicht absehbare innere Spannungen auszulösen imstande war, setzte die japanische Regierung die Änderung des ursprünglichen Textes durch. Wichtiger ist Artikel V aber aufgrund der völkerrechtlichen Besonderheit, die in ihm verborgen liegt: Denn sein Wortlaut, daß ein bewaffneter Angriff auf japanisches Gebiet von beiden Bündnispartnern gemäß ihrer "constitutional provisions and processes" abgewehrt wird, besagt nichts anderes als daß Japan darauf verzichtet, die Verteidigung seines Territoriums alleine sicherzustellen. Hier liegt also der völkerrechtlich einzigartige Fall vor, daß ein souveräner Staat seine zentrale Prärogative, die der Selbstverteidigung, auf einen äußeren Verbündeten überträgt.

Auf der Basis der Verfassung sind dem Sicherheitsvertrag mehrere Abkommen zwischen Japan und den USA hinzugefügt worden. Zu nennen sind hier zunächst die

17 "Treaty of Mutual Cooperation and Security Between the United States of America and Japan". Washington DC, 19. Januar 1960.

gemeinsamen Verteidigungsrichtlinien,¹⁸ die zuerst 1978 formuliert worden sind (*Guidelines for Japan-U.S. Defense Cooperation* vom 27. November 1978). Sie präzisieren die Bestimmungen des Sicherheitsvertrages und legen die Aufgaben der beiden Allianzpartner für den Fall einer unmittelbaren Bedrohung der Sicherheit Japans fest. Neben den die Zusammenarbeit koordinierenden Verteidigungsrichtlinien stehen die vom Nationalen Sicherheitsrat Japans und dem Kabinett schon 1957 beschlossenen "Grundsätze für die Nationale Verteidigung" (*Basic Policy for National Defense*, BPND, vom 20. Mai 1957). Sie sind bis heute unverändert geblieben und vervollständigen gemeinsam mit der zuerst am 29. Oktober 1976 verabschiedeten "Umrißlinie für das Nationale Verteidigungsprogramm" (*National Defense Program Outline*, NDPO) die sicherheitspolitische Struktur Japans. Durch sie wird ein transparenter und überprüfbarer Rahmen geschaffen, der das Mindestmaß der Verteidigungsfähigkeit Japans in Friedenszeiten festlegt. Auf dieser Basis richtet sich die Sicherheitspolitik Japans nach folgenden grundlegenden Prinzipien: Unterstützung der Arbeit der Vereinten Nationen und die Förderung internationaler Kooperation; sukzessiver und maßvoller Ausbau der eigenen Verteidigungsfähigkeit entsprechend den Ressourcen Japans, ohne dabei zu einer Bedrohung für andere Staaten zu werden ("not becoming a military power"); Abwehr äußerer Aggression allein auf der Basis der Allianz mit den USA. Weitere grundsätzliche Vorgaben bestehen in dem Festhalten an einem ausschließlich defensiven Verteidigungskonzept. Dies beinhaltet den Verzicht Japans auf den Erwerb oder die Herstellung offensiver Waffensysteme wie Langstreckenbomber, luftbetankbarer Kampfflugzeuge, Flugzeugträger oder Langstreckenraketen, die Einhaltung der sogenannten "Drei Nichtnuklearen Prinzipien", welche die Herstellung, den Erwerb oder die Einfuhr nuklearer Waffen verbieten, ein rigides Waffenexportverbot sowie die Sicherstellung der Kontrolle des militärischen Sektors durch ziviles Personal.

3. Das Konzept umfassender Sicherheit

Die Darstellung japanischer Sicherheitspolitik bliebe unvollständig, wenn sie neben den völkerrechtlich-verbindlichen Grundlagen nicht auch das Konzept der umfassenden Sicherheit (comprehensive security) berücksichtigen würde. Das Konzept stellt das Ergebnis der Arbeit einer Forschungsgruppe dar, die im April 1979 auf Wunsch von Premierminister Ohira gebildet und von dem ehemaligen Direktor des japanischen Verteidigungsamtes Dr. Inoki geleitet wurde. Der Bericht der Forschungsgruppe wurde nach dem plötzlichen Tod Ohiras dessen Nachfolger, Premierminister Ito, im Juli 1980 vorgelegt.¹⁹

In dem darin entwickelten ganzheitlichen Konzept von Sicherheit, das seit seiner Präsentation handlungsleitend für alle japanischen Regierungen ist,²⁰ wird Sicherheit nicht länger in allein militärischen Kategorien verstanden, sondern umfaßt auch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension. Dahinter steht die Vorstellung, daß Japans Sicherheit auf Dauer nicht ohne wirtschaftliche Stabilität und Wohlfahrt

18 Der Text ist abgedruckt in: Japan Defense Agency 1996, S. 305-309.

19 The Comprehensive Security Study Group (Ed.): *Report on Comprehensive National Security*. Tokyo, July 1980.

20 Vgl. Drifte 1990, S. 30.

sowohl im eigenen Land als auch in der gesamten Region aufrechterhalten werden kann.²¹ Mit dem Konzept hatten japanische Entscheidungsträger auf die Krisen und Konflikte der 70er Jahre reagiert, in denen vor allem die USA militärisch und wirtschaftlich an Stärke verloren hatten und nach denen rohstoffabhängige Staaten wie Japan nicht mehr sicher sein konnten, ihren Energiebedarf decken zu können. Die Ölkrise und das Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973 ebenso wie die sowjetische Invasion in Afghanistan, die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Iran 1979 oder die schon 1971 durch Präsident Nixon eingeleitete Politik des amerikanischen Teilrückzugs aus Asien ("Nixon Schock") hatten in Japan die Wahrnehmung geprägt, die USA seien nicht länger gewillt oder in der Lage, für ausreichende militärische Sicherheit ihrer Verbündeten zu sorgen respektive zur Sicherung des Weltwährungssystems oder des Freihandels beizutragen. Der Bericht stellte daher mit unverholtem Ausdruck eines gewachsenen nationalen Selbstbewußtseins fest:

The era of the 'Pax Americana' upheld almost single-handedly by the United States is over, and it has given way to a new era of 'peace maintained by shared responsibilities', in which all countries cooperate in the maintenance and management of the international system. It has become impossible for Japan to pursue solely its own economic interests within this system. (...) With Japan now accounting for 10% of the world's total GNP, it is vital that Japan accept commensurate international responsibilities and endeavor to protect the free political, economic, and social systems.²²

Hier findet sich zum ersten Mal ein Anspruch auf größere sicherheitspolitische Selbstständigkeit wieder sowie der Wunsch, trotz der vielfältigen hemmenden Faktoren, die auf die Gestaltungsmöglichkeiten japanischer Politik einwirken, eine mehr als nur wirtschaftliche Rolle im internationalen System einzunehmen. In der Durchführung einer umfassenden Sicherheitspolitik wurde nun die Möglichkeit gesehen, das nationale Interesse Japans mit den sich aus den inneren und äußeren Beschränkungen ergebenden Hindernissen für eine selbständigere Sicherheitspolitik in Einklang zu bringen. So sollten unter anderem die Beziehungen zur USA im Rahmen der Sicherheitsallianz verbessert und ein größeres militärisches Gewicht innerhalb der Allianz angestrebt werden. Weiterhin sollte die nationale Verteidigungsfähigkeit ausgeweitet werden, indem neue defensive Waffensysteme beschafft, unnötige militärische Ausgaben gekürzt und die Verteidigungsausgaben erhöht wurden. Darüber hinaus sollte auch der positive Einfluß der Wirtschaft durch die Sicherung der für Japan lebenswichtigen Rohstoffzufuhr, der Vermeidung von Lebensmittelknappheit sowie durch Gegenmaßnahmen bei Naturkatastrophen aufrechterhalten werden.

III. Die Träger der japanischen Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik ist ein Element der Außenpolitik von Staaten. Im Falle Japans ist es allerdings schwer, die maßgeblichen Funktionsebenen dieses Außenpolitikprozesses und ihren Einfluß eindeutig zu benennen. Denn er ist nur bedingt transparent und

21 Vgl. zu den Grundzügen des Konzeptes sowie zu seiner Entstehung: Dewitt 1994, S. 1-15; Drifte 1990, S. 6-31.

22 Zitiert nach Barnett 1984, S. 2 und 3.

darüber hinaus durch widerstreitende Interessen der beteiligten Akteure charakterisiert.²³ Dieser Zustand ist unter anderem für die langsame und meist zögerliche Reaktion Japans auf sich ändernde sicherheitspolitische Rahmenbedingungen oder gar Krisensituationen verantwortlich.²⁴

Gemeinhin wird dem aus Bürokratie, Regierungspartei (LDP) und Wirtschaft gebildeten "eisernen Dreieck" der maßgebliche Einfluß auf die Außenpolitik Japans zugesprochen, wobei zumeist in dem bürokratischen Apparat die eigentlich dominante Einflußgröße gesehen wird. Diese Feststellung sagt jedoch nichts über die tatsächliche Verteilung von Einfluß und Kompetenz der an außenpolitischen Entscheidungen beteiligten Akteure aus. Zunächst kann festgestellt werden, daß aufgrund der Verfassungsbestimmungen dem militärischen Sektor innerhalb der Bürokratie eine deutlich nachgeordnete Stellung zukommt. Dies zeigt sich schon in der Bezeichnung der für die militärische Verteidigung zuständigen Behörde. Sie ist kein Verteidigungsministerium, sondern lediglich ein Verteidigungsamt (Japanese Defense Agency, JDA). Die Leitung untersteht nicht einem Verteidigungsminister, sondern einem Generalsekretär im Range eines Staatssekretärs. Zugleich ist es japanische Tradition, stets einem hochrangigen Beamten aus dem Wirtschaftsministerium (Ministry of Trade and Industry, MITI) den Posten des Generalsekretärs der JDA zu übertragen. Innerhalb der japanischen Bürokratie ist neben MITI und dem Finanzministerium (MOF) insbesondere das Außenministerium (MOFA) verantwortlich für Japans auswärtige Politik. Formal gesehen, decken diese drei Ministerien drei unterschiedliche Politikbereiche ab. In der Realität überlappen sich die Kompetenzbereiche des MITI und des Finanzministeriums jedoch mit denen des Außenministeriums, was zu einem langwierigen Entscheidungsfindungsprozeß beiträgt.

Nominell ist das Außenministerium hauptverantwortlich für die langfristige Politikplanung und für das diplomatische Auftreten Japans auf der internationalen Bühne. Es ist der zentrale Koordinationspunkt der japanischen Außenpolitik und entwirft die entsprechenden Konzepte und Leitlinien. Seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgt das Außenministerium eine liberale Politik des Dialogs und des multilateralen Engagements insbesondere in Asien-Pazifik. Es repräsentiert mithin Kontinuität und Verlässlichkeit japanischer Außenpolitik nach außen. Das MITI verfügt jedoch ebenfalls über eine Abteilung für internationale Angelegenheiten und beansprucht gemeinsam mit dem Finanzministerium, welches über das Budgetrecht verfügt und auf diesem Weg außenpolitische Handlungen mitfinanziert, ein Mitspracherecht. Diese intraministerielle Konstellation verstärkt zusätzlich die Dominanz der Wirtschaft im japanischen Außenpolitikprozeß und trägt zu der allgemeinen Perzeption bei, japanische Außenpolitik sei weniger auf diplomatische als vielmehr auf die Erreichung primär wirtschaftlicher Ziele aus.

Das politische System Japans ist schon beinahe traditionell durch das Fehlen eines starken Premierministers geprägt, ein Faktor, welcher der Bürokratie zusätzlichen außenpolitischen Einfluß ermöglicht. Sicherlich kann der Premierminister in seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der Regierungspartei und Chef der Regierung die

23 Für diesen Abschnitt verweise ich insbesondere auf: Kevenhörster 1994; Driite 1997, S. 16-18; Driite 1990, S. 16-27.

24 Vgl. Calder 1997, S. 1-24.

Umsetzung außenpolitischer Konzepte durch seine persönliche Diplomatie aktiv mitgestalten. In den 80er Jahren war es zum Beispiel Premierminister Nakasone, der auf diesem Weg die Beziehungen zu Südkorea verbessern und die Stellung Japans in den USA durch seine freundschaftliche Beziehung zu Präsident Reagan aufwerten konnte. Auch Hashimoto scheint während seiner Amtszeit diesen Weg gegangen zu sein. Die persönliche Gipfeldiplomatie mit Präsident Jelzin hat entschieden dazu beigetragen, das schwierige Verhältnis mit Rußland zu verbessern. Die persönliche Diplomatie setzt allerdings eine starke Persönlichkeit des Premiers zwingend voraus. Ist sie nicht gegeben und fehlen ihm dazu eigene Kontakte zu den Ministerien, so kann er durchaus als ein "Gefangener der Bürokratie" bezeichnet werden. Vielleicht ist es auf diesen Umstand zurückzuführen, daß so wenige japanische Premierminister als eigenständige Einflußgrößen der internationalen Politik im Gedächtnis geblieben sind.

IV. Neue Herausforderungen

Seit dem Ende des Kalten Krieges sieht sich Japans Sicherheitspolitik sowohl auf globaler und regionaler als auch auf innerstaatlicher Ebene neuen Herausforderungen ausgesetzt. Hierbei hat sich zunächst weniger das Ende der Bipolarität 1989 als vielmehr das Ende des Ost-West Konfliktes mit der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 direkt auf die außenpolitischen Strategien Japans ausgewirkt. Während die japanische Sicherheitspolitik im Kalten Krieg hauptsächlich auf die Eindämmung sowjetischen Einflusses gerichtet war, stellt die heutige fluide Übergangssituation in Asien-Pazifik eine vielschichtiger und facettenreiche Herausforderung dar, die eine entsprechende Ausdifferenzierung der politischen Strategien verlangt.

Auf *globaler* Ebene haben internationale Kriege und Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem verstärkten Einsatz von Friedenstruppen der Vereinten Nationen geführt. Die Anzahl von Blauhelmeinsätzen ist deutlich angestiegen, was die gewachsene Bedeutung und verbesserte Handlungsfähigkeit der Weltorganisation im Bereich des Peacekeeping widerspiegelt. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, daß auch an Japan als Mitglied der UNO Forderungen gestellt werden, stärker seinen völkerrechtlichen Pflichten nachzukommen und trotz der Verfassungsbestimmungen nationale Truppenkontingente zu friedenserhaltenden Missionen zu entsenden.

Auf der *regionalen* Ebene hat in Nordostasien²⁵ mit dem Wegfall der Sowjetunion als Akteur China einen wachsenden Stellenwert erhalten. Es weitet sein Interessengebiet zunehmend nach Süden aus und betreibt mit der Modernisierung seiner Rüstungsbestände und dem Ausbau seiner Seestreitkräfte in der Region eine auf ein gewachsenes Rollenverständnis hinweisende Asien-Pazifik-Politik. Dieses Verhalten wird von japanischer Seite als eine vollkommen selbstverständliche Entwicklung akzeptiert. Doch auch wenn China sich zur Zeit vornehmlich auf die Neuordnung seiner Wirtschaft konzentriert, innere Reformen vorantreibt und eine Politik der offenen Tür fördert, stellt sich japanischen Sicherheitsexperten die Frage, wie es

25 Vgl. auch den Überblicksartikel von Grant 1997, S. 107-122.

seine künftige militärische Schlagkraft nutzen wird, nachdem das wirtschaftliche Aufholprogramm abgeschlossen ist.

Mit dem Wegfall der disziplinierenden Funktion der globalen Bipolarität respektive der asiatisch-pazifischen Tripolarität sind für Japan bislang weniger beachtete Bedrohungsformen in den Vordergrund getreten. Die größte und zugleich vielschichtigste besteht in der Situation auf der koreanischen Halbinsel. Schon 1992 hatte das japanische Verteidigungsamt auf eine potentielle nukleare Bedrohung durch Nordkorea hingewiesen.²⁶ Diese Hinweise schienen sich zu bestätigen, als der nordkoreanische Botschafter in Indien im Mai 1994 auf Anfrage feststellte: "Our nuclear weapons, if developed, would be primarily designed to contain Japan."²⁷ Der nicht angekündigte erfolgreiche "Test" einer nordkoreanischen Teapo Dong Mittelstreckenrakete am 31. August 1998, die über japanisches Territorium hinweg in den Pazifik flog, löste innerhalb der japanischen Bevölkerung einen Schock aus und wurde als weiteres Anzeichen einer nordkoreanischen Gefahr gesehen. Die ständigen Drohgebärden des nordkoreanischen Regimes und die gleichzeitige explosive Situation im Innern des Staates, die durch eine marode Wirtschaft, regelmäßige Mißernten und eine hungernde Bevölkerung geschaffen wird, stellen gleichfalls eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle dar.²⁸ Zudem besteht für die japanische Regierung ein weiteres Problem in dem allgemein erwarteten Wiedervereinigungsprozeß der beiden koreanischen Staaten. Eine der Wiedervereinigung vorausgehende Implosion Nordkoreas könnte zu Chaos und Gewalt führen und eine Flüchtlingswelle ungeahnten Ausmaßes nach Japan schwappen lassen. Ein wiedervereinigtes und militärisch dann deutlich erstarktes Korea könnte aufgrund der niemals ganz ausgeräumten Spannungen mit Japan zu einem aggressiven Nachbarn im Norden werden und zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse in Nordostasien beitragen.²⁹

Rußland stellt für Japan derzeit keine unmittelbare Bedrohung dar. Seit der Auflösung der Sowjetunion sind die Truppen und Rüstungen des Rechtsnachfolgers Rußland fast vollständig aus der Region abgezogen worden. Doch trotz dieser Veränderungen haben ungelöste Fragen der Kontrolle der ehemaligen sowjetischen Waffenarsenale sowie das Problem der Demontage der nuklearen Waffen bzw. deren Proliferation einen wichtigen Einfluß auf das japanische Sicherheitsgefühl. Der japanisch-russische Streit um die Zugehörigkeit der Südkurileninseln, die von beiden Staaten beansprucht werden, hat das wechselseitige Verhältnis lange Zeit belastet. Japan betrachtet die russische Besetzung dieser im Norden vorgelagerten Inselgruppe als völkerrechtswidrige Annexion seines Staatsgebietes und fordert diese "nördlichen Territorien" von Rußland zurück. Erst durch die seit November 1997 eingeleitete und sehr persönlich geführte Gipfeldiplomatie zwischen Hashimoto und Jelzin scheint eine Lösung des Konfliktes – vielleicht durch dessen Einbindung in den bis 2000 angestrebten Friedensvertrag zwischen beiden Staaten – möglich zu sein.

26 Vgl. hierzu insbesondere Hughes 1996, S. 79-103.

27 *Mainichi Daily News*, 31. Mai 1994, S. 1.

28 Vgl. zuletzt Harnisch 1998, S. 5-29.

29 Vgl. Mochizuki, S. 124-159 (144).

Ein weiteres regionales Zentrum sicherheitspolitischer Interessen Japans ist Südostasien. Hier zeigt sich sowohl die Bedeutung regionaler wirtschaftspolitischer Stabilität als auch allgemein der positive Effekt einer Verbindung von militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich stabilen Verhältnissen für die Sicherheit Japans besonders deutlich. Als größte Wirtschaftsmacht der Region und aufgrund seiner Rohstoffabhängigkeit bedarf Japan in besonderem Maße eines konfliktfreien Umfeldes. Die Straße von Malacca, die den Pazifik mit dem Indischen Ozean verbindet, das Südchinesische Meer, sowie die Gewässer um Indonesien und die Philippinen sind die wichtigsten Transportwege für Rohstoffe nach Japan. Territoriale Dispute innerhalb dieser Region, wie sie zum Beispiel um die Spratly Inseln ausgetragen werden, könnten militärische Konflikte provozieren und im Extremfall zur Abriegelung der Transportwege führen. Diese Dispute werden von Staaten geführt, die nach langen Jahren der Kolonialisierung heute ausgeprägten Wert auf nationale Souveränitätsrechte legen. Dieser Anspruch auf staatliche Eigenständigkeit wird insbesondere durch den Kauf von konventionellen Waffen und den Ausbau der nationalen Streitkräfte untermauert. Wurde während des Kalten Krieges der Waffenhandel noch weitgehend durch die Supermächte geregelt, so entfaltet er sich heute ungehemmt und entzieht sich weitgehend einer internationalen Kontrolle. Diese Verbindung von territorialen Disputen mit rigidem Souveränitätsdenken und dem Erwerb von Rüstungsgütern erhöht nun die Gefahr, daß sich daran militärische Konflikte entzünden, die nur sehr schwer wieder eingedämmt werden können.³⁰

Insgesamt haben sich die regionalen Bedrohungsformen für Japan aufgrund des Wegfalls der disziplinierenden Funktion des Ost-West Konfliktes verändert und variiert. Neben den möglicherweise von Nordkorea oder einer koreanischen Wiedervereinigung ausgehenden bekannten Gefahren stellen auch die in ihrer tatsächlichen Dimension nicht erkennbaren aggressiven Tendenzen, welche den territorialen oder ethnischen Konflikten in Südostasien zugrunde liegen, der Waffenhandel, mögliche Umweltkatastrophen sowie die wirtschaftliche oder politische Destabilisierung von Staaten der Region eine massive Bedrohung für die wirtschaftliche und militärische Sicherheit Japans dar.³¹

Innerhalb der fluiden Struktur in Asien-Pazifik ist das Verhältnis Japans zu seinem Allianzpartner USA ebenfalls nicht frei von Spannungen. Die permanenten Handelskonflikte,³² insbesondere das chronische Handelsbilanzdefizit der USA mit Japan,³³ sowie die immer wieder auftretenden negativen wechselseitigen Wahrnehmungen der Bevölkerung in beiden Staaten³⁴ drohen, die bisherige Konstanz der Sicherheitsbeziehungen zu gefährden.³⁵ Zugleich mehren sich in den USA die Stimmen, die eine sicherheitspolitische Freifahrt Japans zuungunsten der USA und zugunsten der japanischen Wirtschaft befürchten und eine gerechtere Kostenverteilung

30 Eine gute Auswertung von Trends im südostasiatischen Waffenhandel bieten Gill u.a. 1995.

31 Vgl. hierzu auch Tanaka 1994, S. 28-56.

32 Vgl. Ravenhill 1993, S. 106-132.

33 Im Fiskaljahr 1997/1998 betrug das amerikanische Handelsbilanzdefizit mit Japan ca. 40,9 Mrd. US\$. *Handelsblatt* vom 21. April 1998.

34 Mason/Bellerud 1996, S. 156-191.

35 Vgl. hierzu den exzellenten Beitrag von Asher 1997, S. 343-374.

lung bei der Verteidigung Japans einfordern.³⁶ Verschärft wurden diese Spannungen 1995 durch die Vergewaltigung eines 12jährigen japanischen Mädchens durch drei amerikanische Truppenangehörige auf Okinawa. Der Zwischenfall hat dazu beigetragen, daß viele Grundbesitzer sich heute weigern, die seit der Unabhängigkeit Okinawas im Jahre 1972 abgeschlossenen Pachtverträge mit den US-Truppen zu verlängern.³⁷ Dies stellt die USA und die japanische Regierung in Tokyo vor ein entscheidendes Problem: Wo, wenn nicht in vollem Umfang auf Okinawa, sollen in Zukunft die US-Truppen stationiert werden und wie wirkt sich eine mögliche Verlagerung oder Reduzierung der US-Basen auf die Sicherheit Japans und der Region aus? Der Verlust Okinawas³⁸ würde nicht nur der amerikanischen Vorwärtsstrategie in Asien-Pazifik ein Ende setzen. Er würde zugleich das grundsätzlich defensive Verteidigungskonzept Japans der letzten 48 Jahre mit einem Schlag beenden und eine offensive Wiederbewaffnung des Landes unumgänglich machen.

Auch auf der *innerstaatlichen Ebene* haben sich Veränderungen eingestellt. Seit den beiden Katastrophen durch das Erdbeben von Kobe im Januar 1995 und den Giftgasanschlag auf die Tokyoter U-Bahn im März desselben Jahres sowie seit den ersten Entsendungen japanischer Selbstverteidigungsstreitkräfte zu den friedenerhaltenden Missionen der Vereinten Nationen in Kambodscha, Mosambik und zuletzt auf den Golan-Höhen 1996 scheint sich eine positivere Wahrnehmung des Militärs innerhalb der japanischen Gesellschaft durchzusetzen. Die SDF haben sich aufgrund der wichtigen Rolle, die ihnen bei den UNO-Aktionen und bei der schnellen Hilfeleistung während der beiden Katastrophen zukam, eine größere Akzeptanz innerhalb der japanischen Gesellschaft erworben. Dies hat dazu geführt, daß die japanische Öffentlichkeit dem Einsatz ihrer Streitkräfte bei internationalen Hilfsaktionen heute insgesamt offener gegenübersteht.

V. Die Reaktionen Japans auf die Veränderungen der 90er Jahre

Aufgrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen seit dem Ende des Ost-West Konfliktes richten sich die außenpolitischen Strategien Japans insbesondere darauf, durch den Ausbau vielschichtiger Kooperation zur Neubildung der asiatisch-pazifischen Sicherheitsstruktur beizutragen.³⁹ Diese Strategie umfaßt im *bilateralen* Bereich die Neudefinition der Sicherheitsallianz mit den USA sowie im *multilateralen* Bereich die Förderung von Kooperationskonzepten auf unterschiedlichen Institutionalisierungsebenen.

36 Ein Beispiel für die zum Teil sehr polemisch geführte Diskussion ist der Artikel von Judis (1991), der Japans fehlendes Engagement im zweiten Golfkrieg kritisiert. Soeya (1997) hat in diesem Zusammenhang zurecht festgestellt, daß es sich hier um eine massive Unkenntnis des japanischen Verfassungsrechtes seitens der amerikanischen Öffentlichkeit handelt.

37 Vgl. zu diesem Problembereich Etsujiro 1996, S. 27-32.

38 Vgl. Shimada 1997.

39 Bereits in seinem Vorwort zum Blaubuch der japanischen Regierung 1991 hat sich der damalige Außenminister Watanabe für eine Strategie internationaler Kooperation ausgesprochen: "We must build a new international order by overcoming these problems through international cooperation". Zitiert aus Ministry of Foreign Affairs 1991. Diese Strategie steht bis heute mit im Zentrum japanischer Außenpolitik.

1. Der Prozeß der Neudefinition der Allianz mit den USA

Sowohl zur Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit als auch zur Demonstration politischer Konstanz nach außen steht die Beibehaltung der bestehenden Sicherheitsabkommen mit den USA im Zentrum der japanischen Außenpolitik. Unter diesen Prämissen wurde am 28. Mai 1995 eine neue Verteidigungsrichtlinie angenommen.⁴⁰ Sie ersetzt die alte Fassung von 1976 und unterscheidet sich von dieser in einer Reihe von Punkten: Japanische Truppen werden nicht länger eine "limited and small-scale aggression, in principle, without external assistance" abwehren, sondern einem bewaffneten Angriff sofort und gemeinsam mit den US-Truppen entgegentreten. Darüber hinaus wird die Bedeutung der Allianz mit den USA für die Sicherheit Japans sowie für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität in der Region stärker hervorgehoben. Schließlich weist die neue Verteidigungsrichtlinie den Selbstverteidigungsstreitkräften neben der Verteidigung Japans folgende Rollen zu: 1) Reaktion auf Großkatastrophen und andere Situationen "in the areas surrounding Japan, which will have an important influence on national peace and security"; 2) Beitrag zur Schaffung eines stabilen sicherheitspolitischen Umfeldes durch die Teilnahme an friedenerhaltenden Maßnahmen, der Förderung von Sicherheitsdialogen sowie der Kooperation auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und der Abrüstung.

Die Rolle der SDF ist damit klar ausgeweitet worden und geht nun über die ausschließliche Verteidigung japanischen Territoriums hinaus. Sie umfaßt dabei sowohl die logistische Unterstützung militärischer Operationen der US-Truppen im Falle einer Bedrohungssituation in der Nachbarschaft Japans als auch die Teilnahme an friedenerhaltenden Maßnahmen der UNO.⁴¹ Die Entsendung zu Blauhelmeinsätzen unterliegt jedoch weiterhin fünf leitenden Prinzipien: Zuvor muß ein Waffenstillstandsabkommen unterschrieben sein. Die betroffenen Staaten haben der Teilnahme japanischer Truppen an dem jeweiligen Einsatz ausdrücklich zugestimmt. Die Friedenstruppe muß strikt unparteiisch bleiben. Wird eine dieser drei Prinzipien verletzt, hat die japanische Regierung das Recht, ihr Truppenkontingent vom jeweiligen Einsatzort zurückzuziehen. Die Anwendung von Waffengewalt darf nur zum eigenen Schutz erlaubt sein.

Parallel zu den Aktivitäten Japans wurde auch von amerikanischer Seite die Stärkung der Allianz und ihre Anpassung an die regionalen Gegebenheiten in Asien-Pazifik nach dem Kalten Krieg angestrebt. Die Clinton-Administration betonte die zentrale Bedeutung der Allianz auch für die USA und trat damit Tendenzen in der amerikanischen Öffentlichkeit entgegen, die einen Teilrückzug amerikanischer Truppen aus Asien-Pazifik und eine Verringerung der in Japan stationierten Streitkräfte gefordert hatten. Im Februar 1995 erschien ein Strategiepapier der amerikanischen Regierung für die Region Ostasien, das die Beibehaltung des militärischen Personals von 100.000 Mann in der Region einschließlich der 47.000 in Japan sta-

40 Vgl. Japan Defense Agency 1996, S. 276-284.

41 Japan hatte schon 1992 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, in dem die Modalitäten der Teilnahme der japanischen SDF an friedenerhaltenden Maßnahmen der UNO geregelt sind. International Peace Cooperation Law, Tokyo, 22.6.1992.

tionierten US-Soldaten vorsah.⁴² Mit dieser klaren Stellungnahme beruhigte die amerikanische Regierung japanische Befürchtungen, die USA könnten aufgrund der schwelenden und immer wieder auftretenden Handelskonflikte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Japan reduzieren oder gar ganz beenden.⁴³

Die Allianz und ihre Anpassung an die veränderte sicherheitspolitische Landschaft nach dem Kalten Krieg wurde im Rahmen eines Gipfeltreffens zwischen dem amerikanischen Präsidenten Clinton und dem japanischen Premierminister Hashimoto in einer gemeinsamen Erklärung am 17. April 1996 offiziell konsolidiert. Beide bestätigten darin:

The Japan-U.S. security relationship (...) remains the cornerstone for achieving common security objectives, and for maintaining a stable and prosperous environment for the Asia-Pacific region as we enter the 21st century.

Die wichtigste Funktion der als "reaffirmation" bezeichneten gemeinsamen Erklärung lag neben der Garantie einer fortdauernden Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Asien-Pazifik in einer eindeutigen Verpflichtung Japans, im Rahmen seiner Verfassung die amerikanischen Truppen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zur Sicherung der Region zu unterstützen. Aufgrund dieser erstmals so offen dargelegten Position der japanischen Regierung, in Zukunft aktiver für die militärische Sicherheit und Stabilität der Region zu sorgen, kann man weniger von einer Bestätigung als von einer *Neudefinition* der Allianz sprechen. Der Geltungsbereich des Sicherheitsvertrages ist mit dieser Formulierung über die bloße Verteidigung Japans ausgeweitet worden und bezieht das Land in die Verantwortung für die Sicherheit der Region implizit mit ein. Die Erklärung sah ebenfalls die Erstellung von Studien vor, in denen gemeinsame Maßnahmen der Allianzpartner für solche Krisensituationen erarbeitet werden sollen, die den Frieden und die Sicherheit Japans zwar beeinträchtigen, aber nicht in Japan direkt, sondern nur in seiner unmittelbaren Nachbarschaft (den sogenannten "areas surrounding Japan") auftreten.

Um die logistische Unterstützung der US-Truppen durch japanisches Militär sicherzustellen, wurde während des Gipfels ein "Acquisition and Cross-Servicing Agreement" (ACSA) unterzeichnet, das unter anderem die Kooperation zwischen den SDF und den US-Truppen bei gemeinsamen Manövern in der Region oder bei Blauhelmeinsätzen der Vereinten Nationen im einzelnen festlegt. Wichtiger als die Unterzeichnung des ACSA war aber die Ankündigung der japanischen Regierung, die gemeinsamen Verteidigungsrichtlinien mit den USA von 1978 zu erneuern. Diese Guidelines enthielten zwar recht genaue Angaben zur Aufgabenverteilung zwischen den beiden Allianzpartnern im Falle der Verteidigung japanischen Territoriums. Sie

42 Vgl. United States Department of Defense 1995. Siehe auch Nye 1995, S. 90-102.

43 Entsprechende Argumente werden insbesondere von den sogenannten *Revisionisten* in den USA genannt. Für sie ist Japan ein sicherheitspolitischer *free rider* der auf Kosten oder sogar zum Schaden Amerikas, das allein für den militärischen Schutz Japans aufkomme, seine wirtschaftliche Stellung verbessern könne. Die prominentesten Vertreter der Revisionisten sind Chalmers Johnson, Japan-Spezialist und Professor an der University of California, Clyde Prestowitz, Direktor des Economic Strategy Institute in Washington sowie die Journalisten James Fallows und Karel van Wolferen. Problematisch innerhalb der revisionistischen Argumentation ist insbesondere die Verbindung der wirtschaftlichen Macht Japans mit dem Hinweis auf eine daraus entstehende Gefahr für die nationale Sicherheit der USA. Revisionisten wie Johnson lehnen daher die Allianz mit Japan ab. Vgl. zum Beispiel Johnson 1995, S. 103-114.

waren jedoch bei der Frage, in welcher Weise japanische Truppen in einer "Artikel VI Situation" die USA bei der Beilegung eines Konfliktes außerhalb Japans unterstützen sollten, sehr viel weniger präzise.

Mit der Veröffentlichung der neuen Verteidigungsrichtlinien am 23. September 1997⁴⁴ wurde der Prozeß der Neudefinition und Anpassung der Allianz an das neue sicherheitspolitische Umfeld in Asien-Pazifik abgeschlossen. Die neuen Guidelines legen erstmals konkret die grundlegenden Ziele der militärischen Kooperation zwischen beiden Staaten in drei wesentlichen Bereichen offen: Kooperation unter normalen Bedingungen, gemeinsame Reaktionen auf einen bewaffneten Angriff gegen Japan, Kooperation in Situationen in *areas surrounding Japan*, die den Frieden und die Sicherheit Japans beeinträchtigen.

Insbesondere die Wortwahl des dritten Bereichs zeigt, daß hier *nicht* zugleich ein militärischer Beitrag Japans zur Sicherheit der USA oder der Region gemeint ist, da die japanische Verfassung die Anwendung von Gewalt sowohl jenseits individueller Selbstverteidigung als auch außerhalb japanischen Territoriums verbietet. Aufgrund dessen bleibt die Reichweite des militärischen Beitrags durch japanische Truppen begrenzt. Bei Konflikten in "areas surrounding Japan" beschränkt sie sich daher auf Maßnahmen etwa zur Regelung des Zustroms von Flüchtlingen, auf Evakuierungseinsätze außerhalb der Kampfhandlungen, auf die Bereitstellung von medizinischen Diensten, Transporthilfe für militärisches Material und Personal, Wartung und Reparatur, Bereitstellung von Kommunikation, Teilnahme an Wirtschaftssanktionen sowie den Einsatz von Minenräumaktionen vor der Küste Japans und auf hoher See. Insgesamt nennen die neuen Guidelines 40 Bereiche nicht-militärischer Unterstützung amerikanischer Truppen bei einem Einsatz außerhalb japanischen Territoriums, während die alten Richtlinien den japanischen Beitrag in einem solchen Zusammenhang noch sehr vage damit umschrieben hatten, beide Partner würden sich von Zeit zu Zeit konsultieren, wenn die Umstände es verlangten.⁴⁵

Die Regierungen beider Staaten sind überzeugt, ihre gemeinsamen Aufgaben innerhalb der Allianz durch die Guidelines transparenter gestaltet und Japan im Rahmen seiner Verfassung eine größere Aufgabe beim Beitrag zum Frieden und der Sicherheit der Region nach dem Ende des Kalten Krieges zugeteilt zu haben. Wie auch immer die normative oder völkerrechtliche Bewertung der neuen Allianz ausfallen wird, ihre heutige Gestalt ist das Ergebnis eines mühsam und langwierig ausgehandelten Kompromisses zwischen den Ansprüchen der USA sowie den verfassungsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Japans. Mit dem Prozeß der Umgestaltung der Allianz hat die japanische Regierung damit begonnen, sich von den Zwängen der Yoshida Doktrin zu lösen und sich den sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Kalten Krieg anzupassen. Trotz der verfassungsrechtlichen Beschränkungen spielen die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte nun eine größere Rolle. Zugleich wurde der Schwerpunkt des Sicherheitsvertrages durch die ihn ergänzenden Dokumente verlagert: Von der Verteidigung Japans auf die Un-

44 Joint Statement U.S.-Japan Consultative Committee. *Completion of the Review of the Guidelines of U.S.-Japan Defense Cooperation*. New York, 23 September 1997.

45 "The Governments of Japan and the United States will *consult* together from time to time whenever changes in the circumstances so require" (Hervorhebung des Verf.).

terstützung der US-Truppen bei der gemeinschaftlichen Aufgabe der Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Asien-Pazifik.

2. Aktive Politik multilateraler Kooperation

Die japanische Regierung ist neben den USA und Südkorea Gründungsmitglied und Hauptbeitragszahler der Korean Peninsula Economic Development Organisation (KEDO). Durch das seit 1994 laufende Projekt wird der Austausch von nordkoreanischen Nuklearanlagen, in denen die Anreicherung waffenfähigen Plutoniums vermutet wurde, gegen zwei moderne westliche Leichtwasserreaktoren überwacht. Die Finanzierung des Baus der beiden neuen Reaktoranlagen sowie die Versorgung mit schätzungsweise 500.000 Tonnen Rohöl, die Nordkorea in der Zwischenzeit pro Jahr für seine Energieversorgung benötigt, wird maßgeblich von Japan mitgetragen. Während Japan trotz seiner wirtschaftlichen Krise und trotz des Raketenzwischenfalls vom 31. August 1998 auch weiterhin einer der wichtigsten Geldgeber für KEDO ist,⁴⁶ tun sich die USA und die EU bislang schwer, die Finanzierung des Projektes mitzutragen und damit aktiv an der Unterstützung der regionalen und globalen Sicherheit teilzunehmen.

Neben der finanziellen Hilfe für KEDO ist Japan der weltweit größte Geber multilateraler Entwicklungshilfe ("Official Development Assistance", ODA), auch für die Staaten in Asien-Pazifik. Gemäß dem japanischen Konzept der *comprehensive security* hat auch dieser nicht-militärische Beitrag durchaus eine sicherheitspolitische Relevanz und erfüllt dabei vier Funktionen. So dient Japans ODA der ökonomischen Stabilisierung von Entwicklungsländern und dämmt damit präventiv die Arbeitsmigration nach Japan ein. Sie legitimiert darüber hinaus die eigene Politik durch den der Entwicklungshilfe immanenten humanitären Aspekt und unterstützt zielgerichtet bestimmte Länder bzw. deren Eliten.⁴⁷ 1992 wurde eine ODA-Charta verabschiedet, welche die Entwicklungshilfe Japans mit der Einhaltung verschiedener Prinzipien in Verbindung bringt. Neben der Förderung des Umweltschutzes, demokratischer Regierungen und Menschenrechten soll durch die Charta sichergestellt werden, daß die Entwicklungshilfe Japans nicht für militärische Zwecke mißbraucht wird. Zugleich soll sie die Entwicklungsländer zur Reduzierung ihrer Verteidigungsausgaben und ihrer Waffentransfers bewegen.⁴⁸

Die japanische Regierung hat früh die Gefahr eines sich nach dem Ost-West Konflikt unkontrolliert entfaltenden Waffenhandels und seiner destabilisierenden Auswirkung auf ganze Regionen erkannt. Gemeinsam mit den Niederlanden hatte Japan daher schon im November 1991 die Errichtung eines Waffentransferregisters bei den Vereinten Nationen vorgeschlagen. Das UN-Waffenregister ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil der internationalen Rüstungssteuerung geworden. Es dient der kooperativen Schaffung von Transparenz im internationalen Waffenhandel sowie der Bildung von Vertrauen zwischen Staaten und ist zur Grundlage für Vor-

46 Japan trägt 22% der Gesamtkosten des Projekts.

47 Vgl. May 1994, S. 166-178; ders. 1989.

48 Vgl. dazu den Beitrag zu Japans Sicherheitspolitik in: Morrison 1997, S. 57-63 (63).

schläge zur Errichtung weiterer, regionaler Waffenregister etwa in Asien-Pazifik geworden.⁴⁹

Insbesondere die Arbeit multilateraler Kooperationsforen in Asien-Pazifik auch auf der *second-track*-Ebene wird von der japanischen Regierung als effektives Mittel der Diplomatie aktiv unterstützt. In der informellen Zusammenarbeit von Regierungsvertretern, Wissenschaftlern und Persönlichkeiten der Privatwirtschaft in eigens geschaffenen Dialogforen wird ein wichtiger Motor für wirtschaftliches Wachstum und politische Stabilität gesehen. Dieser institutionalisierte Dialogprozess, der zunächst im Bereich der Wirtschaft durch die Gründung des "Pacific Basin Economic Council" (PBEC) 1967 und des "Pacific Economic Cooperation Council" (PECC) im Jahr 1980 ins Leben gerufen wurde, wird seit der Gründung des "Council for Security Cooperation in the Asia-Pacific" (CSCAP) 1993 auch auf dem Gebiet der Sicherheit weitergeführt. Das wohl wichtigste zwischenstaatliche multilaterale sicherheitspolitische Kooperationsforum in Asien-Pazifik, an dem Japan aktiv beteiligt ist, stellt das ASEAN Regional Forum (ARF) dar.⁵⁰ Die Vertreter der 21 Mitgliedsstaaten⁵¹ des Forums kommen seit 1994 zusammen, um auf hoher, wenn auch zugleich informeller Ebene gemeinsame Fragen der Sicherheit zu besprechen und um kooperative Maßnahmen zu entwickeln, die zur Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen können. Das ARF ist das erste regierungsamtliche sicherheitspolitische Dialogforum in Asien-Pazifik überhaupt. In insgesamt drei Stufen ist die gemeinsame Entwicklung regional umfassender vertrauensbildender Maßnahmen (VBM), präventiver Diplomatie sowie von Ansätzen eines Konfliktlösungsmechanismus vorgesehen.⁵²

Das ARF geht offiziell auf einen entsprechenden Vorschlag der ASEAN von 1992 zurück. Zugleich aber war es japanische Diplomatie, die im Hintergrund auf die Errichtung eines regionalen sicherheitspolitischen Dialogforums hingearbeitet hatte.⁵³ Auf den *track-two*-Konferenzen der ASEAN, an denen auch japanische Wissenschaftler teilgenommen hatten, war das Fehlen eines institutionalisierten Dialogs über Sicherheitsfragen als eine der wichtigsten Gefahrenquellen für die Region nach dem Kalten Krieg erkannt und unter dem Titel "A Time For Initiative" 1991 eine entsprechende Serie von Konferenzen der Institutes for Strategic and International Studies der ASEAN (ASEAN-ISIS) eingeleitet worden. Der japanische Wissenschaftler und spätere Botschafter Japans in Australien, Satoh Yukio, war geladener Gast der Tagungen. Er hatte damals kein politisches Amt inne und hielt in seiner Funktion als Wissenschaftler einen Vortrag, der aus japanischer Sicht eine sicherheitspolitische Strategie für Asien-Pazifik vorstellte. In seinem Vortrag empfahl Satoh die Einführung eines sich auf der Basis wechselseitigen Vertrauens entwickelnden Prozesses der wechselseitigen Rückversicherung (*mutual reassur-*

49 Vgl. Otto 1997.

50 Eine erste Einführung in die Ziele des ARF und seinen Beitrag zur Sicherheit in Asien-Pazifik bietet der Beitrag von Dosch 1997.

51 Dies sind die zehn ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, Kambodscha), die zehn Dialogpartner der ASEAN (Australien, Kanada, China, EU, Indien, Japan, Neuseeland, Rußland, Südkorea, USA) sowie Papua-Neuguinea.

52 Vgl. *Chairman's Statement of the Second Meeting of the ASEAN Regional Forum (ARF)*. Bandar Seri Begawan, Brunei Darussalam, 1. August 1995.

53 Vgl. auch Kerr 1994, S. 397-409.

ance) und des politischen Dialogs zwischen den Staaten der Region. Satohs Vortrag fand die allgemeine Zustimmung der Konferenzteilnehmer, um so mehr, als das Konzept vertrauensbildender Maßnahmen zu dieser Zeit bereits rege innerhalb der Wissenschaftlergemeinschaft der asiatischen Staaten diskutiert wurde. Darüber hinaus waren sich die informellen Kreise der ASEAN weitgehend einig, daß Japan früher oder später eine größere politische Rolle in Asien-Pazifik einnehmen sollte:

It is recognized that long-term trends point towards a greater political and diplomatic role on the part of Japan in the western Pacific, and that, while still remote, there is a possibility of her playing a security role in the region.⁵⁴

Satoh schickte der "Asian Bureau Policy Section" des Außenministeriums seinen schriftlichen Bericht über den Gang der Konferenz. Dieser Bericht wurde daraufhin die Vorlage für eine offizielle sicherheitspolitische Rede des damaligen Außenministers Nakayama auf den ASEAN Post Ministerial Conferences am 22. Juli 1991. Das Außenministerium hatte offenbar angenommen, daß nun die Zeit für eine offizielle sicherheitspolitische Initiative Japans gekommen sei und diese vom Ausland positiv aufgenommen würde, nachdem sie in den informellen Kreisen der ASEAN-ISIS auf einhellige Zustimmung gestoßen war.

Diese Einschätzung erwies sich indes als falsch. Weder die amerikanische Regierung noch die ASEAN-Staaten waren über den beabsichtigten japanischen Vorstoß unterrichtet worden. Die Reaktion in Asien auf die Rede Nakayamas waren ein Aufschrei der Entrüstung und einhellige Ablehnung. Zeitungen prangerten ihn an als einen Versuch Japans, sich eine größere militärische Rolle in Asien anzumaßen, und verwiesen auf Japans unrühmliche Vergangenheit. Durch ihr offizielles Vorgehen hatte die japanische Regierung mit einem Schlag die Chance vertan, mit der ASEAN eine gemeinsame Führungsrolle in der Region einzunehmen. Das Beispiel zeigt, wie sensibel Japans Umfeld auf wahrgenommene Führungsversuche eines ehemaligen Aggressors reagiert und welchen Problemen sich die asiatische Wirtschaftsmacht bei der Formulierung einer unabhängigen Außenpolitik ausgesetzt sieht. Japanische Vorschläge im Sachbereich Sicherheit, die die engen Grenzen legitimer nationaler Sicherheitsinteressen überschreiten, werden in Asien bis heute mit großen Vorbehalten und Ablehnung registriert, da sie stets an die Wahrnehmung eines neuen japanischen Militarismus gebunden sind.⁵⁵

Das ARF erfüllt für Japan daher eine zweifache Funktion: Zunächst ermöglicht das Forum die Herstellung wechselseitigen Vertrauens (jap. *anshinkan*) zwischen den Staaten in Asien-Pazifik. *Anshinkan* beschreibt ein Sicherheitsgefühl und wird geschaffen durch die Einführung eines regelmäßigen politischen Dialogs zwischen den Staaten der Region, die dadurch wechselseitige Fehlperzeptionen und die daraus möglicherweise entstehenden militärischen Konflikte vermeiden können. Der Dialog schafft darüber hinaus ein transparenteres Verhaltensmuster der ARF-Mitglieder, trägt somit zur Vertrauensbildung bei und fördert das Interesse der beteiligten Staaten an der Beibehaltung des regionalen Status quo.

54 *Chairman's Report of the 1990 ASEAN ISIS Meeting*. Bangkok, 10-13 May 1990, S. 21.

55 Vgl. die Titel einiger Artikel zu diesem Thema: "Fears of Influence", *Far Eastern Economic Review*, 30 Januar 1997, S. 14-15; "Does Japan want a larger role?", *Look Japan*, (August 1997), S. 13; "Japan's Clarion Call", *Far Eastern Economic Review*, 28 Januar 1993; "Japan Rising?", *Asiaweek*, 20 Juni 1997, S. 20-21.

Neben dem sicherheitspolitischen Dialogforum bietet die multilaterale Bühne des ARF eine Plattform, auf der Japan für die Grundzüge seiner Sicherheitspolitik im Rahmen der Allianz mit den USA werben kann. Dabei hofft Japan langfristig auf einen Gewöhnungseffekt seitens der ARF-Mitglieder, was insbesondere seine im Zuge der Neudefinition der Allianz gewachsenen Rolle bei der gemeinschaftlichen Aufgabe der Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region betrifft. Japan ist daher sehr daran gelegen, als einer der sogenannten "target-states"⁵⁶ des ARF konstant der kritischen Betrachtung und Diskussion der anderen ausgesetzt zu sein. Durch diese relative Mehrbeachtung, die Japan als *target* neben China erfährt, kann die japanische Regierung politische Zuverlässigkeit und Konstanz demonstrieren und somit für Vertrauen in ihre Politik werben. Das angestrebte Ziel besteht also darin, auf die besondere sicherheitspolitische Situation Japans hinzuweisen, verlorengegangenes Vertrauen zurückzuerlangen und Ressentiments bzw. Ängste bezüglich einer größeren politischen Rolle in der Region abzubauen. Von der Verwirklichung dieser Ziele hängt entscheidend die Möglichkeit ab, in Zukunft aktiv einen Beitrag zur Stabilität der Region zu leisten.

Dennoch, Japans wichtigste sicherheitspolitische Stütze in der Region ist und bleibt die Allianz mit den USA. Sie sichert den noch jungen multilateralen Dialogprozeß ab und wird als dessen Überbau verstanden. Im Rahmen dieser *dualen Strategie* begreift Japan daher das ARF nicht als eigenständigen Konfliktlösungsmechanismus, sondern lediglich als vertrauensbildende zweite Schicht der Allianz. Dies wird als Voraussetzung für alle weitergehende multilaterale Kooperation angesehen, während allein die Allianz mit den USA die Regelung eines militärischen Konfliktes verspricht, sollte das Dialogforum versagen.

V. Ausblick

Mit der Neudefinition der Sicherheitsallianz und der aktiven Politik der Förderung multilateraler Kooperationsforen in Asien-Pazifik hat die japanische Regierung auf die Veränderungen seit Beginn der 90 Jahre reagiert und begonnen, eine aktivere Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen. Diese aktivere Rolle beruht indes nur bedingt auf einem größeren militärischen Engagement. Die japanische Regierung versucht, die Beibehaltung des regionalen Status quo sowohl durch eine konsequente Allianzbindung als auch durch den Ausbau vertrauensbildender multilateraler Kooperation abzusichern. Sicherlich wird der Beitrag der japanischen Streitkräfte zur Allianz im Falle eines Konfliktes größer werden. Daß sich Japan aber aufgrund der verstärkten Kooperation und Koordination mit den amerikanischen Truppen, durch seine logistische Unterstützung oder durch Minenräumaktionen eine unzulässig große sicherheitspolitische Führungsrolle in Asien anmaßen würde, ist abwegig.

Die Weiterentwicklung der Allianz einschließlich des wachsenden japanischen Stellenwertes war eine zwangsläufige Entwicklung im Rahmen der Veränderungen nach dem Kalten Krieg. Die japanische Regierung hat aber mit der aktiven Förderung multilateraler Kooperationsforen zugleich einen vertrauensbildenden Puffer

56 Diesen Begriff verwendet Kawasaki 1997 bei seiner Analyse der ARF-Strategie des japanischen Außenministeriums.

gegen Ängste vor einer Renaissance seines Militarismus geschaffen. Japans Sicherheitspolitik bewegt sich auf einem schmalen Grat der Akzeptanz seitens seiner Nachbarn, der allein durch die Ausgewogenheit einer festen Partnerschaft mit den USA und eines langfristigen Werbens um Anerkennung für eine größere Rolle in Asien-Pazifik festen Halt bietet.

Die Rolle Japans in Asien-Pazifik wird dennoch unvermeidlich größer werden und über die bloße Funktion des Wirtschaftsmotors hinausgehen. Im Sachbereich Sicherheit wird sie jedoch auch weiterhin eingerahmt von der Allianz mit den USA sowie den inneren und äußeren Beschränkungen und dadurch auch in Zukunft engen Gestaltungsgrenzen ausgesetzt bleiben. Hier eröffnet sich Japan mithin eine große Chance: Aufgrund des Geschicks seiner Diplomatie, von außen unbeachtet und hinter den Kulissen politische Konzepte zu verwirklichen und den für sein politisch-wirtschaftliches System günstigen Status quo zu erhalten, kann das Land seine duale Identität in einzigartiger Weise nutzen und als wirtschaftlicher Gigant auf nicht-militärischem Wege auf die Zukunft Asiens Einfluß nehmen.

Literaturverzeichnis

- Asher, David: "A U.S.-Japan Alliance for the Next Century", *Orbis*, 41 (Summer 1997) 3, S. 343-374
- Barnett, Robert: *Beyond War. Japan's Concept of Comprehensive National Security*, Oxford 1984
- Calder, Kent: "The Institutions of Japanese Foreign Policy", in: Grant 1997, S. 1-24
- Calder, Kent: "Japanese Foreign Economic Policy Formation: Explaining the Reactive State", *World Politics*, 15 (July 1988) 4, S. 517-541
- Curtis, Gerald (Ed.): *Japan's Foreign Policy After the Cold War. Coping with Change*, New York/London 1993
- Dewitt, David: "Common, Comprehensive and Cooperative Security", *The Pacific Review*, 7 (1994) 1, S. 1-15
- Drifte, Reinhard: *Japan and its Security Environment*, Stockholm 1997 (Center For Pacific Asia Studies At Stockholm University. Occasional Paper 30)
- Drifte, Reinhard: *Japan's Foreign Policy*, London 1990
- Dosch, Jörn: *PMC, ARF and CSCAP: Foundations for a Security Architecture in the Asia-Pacific?*, Canberra, June 1997 (Australia National University. Strategic & Defence Studies Centre Working Paper; 307)
- Etsujiro, Miyagi: "Readressing the Okinawan Base Problem", *Japan Quarterly*, (January-March 1996), S. 27-32
- Gill, Bates; Mak JN; Wezeman, Siemon: *ASEAN Arms Acquisitions: Developing Transparency*, Kuala Lumpur 1995 (A MIMA-SIPRI Report)
- Grant, Richard (Ed.): *The Process of Japanese Foreign Policy. Focus on Asia*. London 1997
- Grant, Richard: "Japan and Northeast Asia", in: ders. 1997, S. 107-122
- Harnisch, Sebastian: "Soft Landing oder Hard Landing? Perspektiven einer koreanischen Wiedervereinigung", *ASIEN*, (Oktober 1998) 69, S. 5-29
- Hughes, Christopher: "The North Korean Nuclear Crisis and Japanese Security", *Survival*, 38 (Summer 1996) 2, S. 79-103
- Ike Nobutaka: "Militarismus", in: Hammitzsch, Horst (Hrsg.): *Japan-Handbuch*, Stuttgart 1984², S. 451-455
- Inoguchi, Takashi: *Japan's Foreign Policy in an Era of Global Change*, London 1993
- International Peace Cooperation Law*, Tokyo, 22.6.1992
- Japan Defense Agency: *Defense of Japan 1997*, Tokyo 1997
- Japan Defense Agency: *Defense of Japan 1996. Response to a New Era*, Tokyo 1996
- Japan-U.S. Joint Declaration on Security - Alliance for the 21st Century*, Tokyo, 17. April 1996
- Johnson, Chalmers: "The Pentagon's Ossified Strategy", *Foreign Affairs*, 74 (July/August 1995) 4, S. 103-114

- Judis, John: "A free ride for the Japanese in the Gulf. Burden Shirking", *The New Republic*, (March 4, 1991), S. 21-22
- Kawasaki, Tsuyoshi: "Between realism and idealism in Japanese security policy: the case of the ASEAN Regional Forum", *The Pacific Review*, 10 (1997) 4, S. 480-503
- Kerr, Pauline: "The Security Dialogue in the Asia-Pacific", *The Pacific Review*, 7 (1994) 4, S. 397-409
- Kevenhörster, Paul: "Grundzüge der Außenpolitik: Akteure und Instrumente", in: Mayer; Pohl 1994, S. 146-156
- Kunimi, Nakano: "The Constitution of Japan", *Journal of Japanese Trade & Industry*, (1996) 2, S. 20-23
- Levin, Norman: "The Strategic Dimensions of Japanese Foreign Policy", in: Curtis 1993, S. 202-217
- Mainichi Daily News*, 31. Mai 1994, S. 1
- Mason, David; Bellerud, Nana Goto: "Japan Bashers and America Bashers: Public Opinion and US-Japan Relations in a Time of Transition", *The Journal of East Asian Affairs*, 10 (Winter/Spring 1996) 1, S. 156-191
- May, Bernhard: "Entwicklungshilfepolitik", in: Mayer; Pohl 1994, S. 166-178
- May, Bernhard: *Japans Neue Entwicklungspolitik. Entwicklungshilfe und Japanische Außenpolitik*, München 1989 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, Reihe Internationale Politik und Wirtschaft; 57)
- Mayer, Hans Jürgen; Pohl, Manfred (Hrsg.): *Länderbericht Japan*, Bonn 1994 (Bundeszentrale für politische Bildung. Studien zur Geschichte und zur Politik. Schriftenreihe Band 324)
- Mayer, Jeremy: "International Relations Theory And Japanese Pacifism: Why Didn't Tokyo Go Ballistic Over North Korean Nukes?", *Journal of North East Asian Studies*, 15 (Summer 1996) 2, S. 50-62
- Mendl, Wolf: *Japan's Asia Policy. Regional Security and Global Interests*, London/New York 1995, S. 21-25
- Mendl, Wolf: "Japans Außen- und Sicherheitspolitik in Ostasien", in: Maull, Hanns (Hrsg.): *Japan und Europa: Getrennte Welten?*, Frankfurt/New York 1993, S. 188-213
- Ministry of Foreign Affairs, Japan: *Diplomatic Bluebook 1997. Japan's Foreign Policy in a World of Deepening Interdependence*, Tokyo 1997
- Ministry of Foreign Affairs, Japan: *Diplomatic Bluebook 1996. Working Toward the Creation of a New International Order. Building a Multi-tiered Architecture*, Tokyo 1996
- Ministry of Foreign Affairs, Japan: *Diplomatic Blue Book 1991. Japan's Diplomatic Activities*, Tokyo 1991
- Mochizuki, Mike: "Japan as an Asia-Pacific Power", in: Ross, Robert (Ed.): *East Asia in Transition. Toward a New Regional Order*, Arnouk/New York/London 1997, S. 124-159 (144)
- Morrison, Charles (Ed.): *Asia Pacific Security Outlook 1997*, Honolulu 1997, S. 57-63 (63)
- Nye, Joseph: "The Case for Deep Engagement", *Foreign Affairs*, 74 (July/August 1995) 4, S. 90-102
- Otto, Carsten: *Das Waffenregister der Vereinten Nationen. Ziele und Probleme internationaler Rüstungssteuerung*, Wiesbaden 1997 (Studien zur Internationalen Politik; 1)
- Ravenhill, John: "The 'Japan Problem' in Pacific Trade", in: Higgott, Richard; Leaver, Richard; Ravenhill, John (Eds.): *Pacific Economic Relations in the 1990's. Cooperation or Conflict?*, St Leonards 1993, S. 106-132
- Seki, Yoshihiko: "Concluding the Debate on War-renouncing Article 9", *Japan Echo*, 20 (Summer 1993) 2, S. 19-22
- Shimada, Haruo: "The Significance of the Okinawa Issue", in: Cossa, Ralph (Ed.): *Restructuring the U.S.-Japan Alliance. Toward A More Equal Partnership*, Washington 1997, S. 83-97
- Soeya, Yoshihide: *Japan's Dual Identity and the U.S.-Japan Alliance. America's Alliances with Japan and Korea in a Changing Northeast Asia*, Stanford, May 1998 (Discussion Papers. Asia/Pacific Research Center. Institute for International Studies, Stanford University)
- Soeya, Yoshihide: "Defining Defense", *Look Japan*, (August 1997), S. 23
- Soeya, Yoshihide: "A Majorly Unusual Power", *Look Japan*, (March 1996), S. 17
- Tanaka, Akihito: "Japan's Security Policy in the 1990's", in: Funabashi, Yoichi (Ed.): *Japan's International Agenda*, New York/London 1994, S. 28-56
- Thayer, Nathaniel: "Japanese Foreign Policy in the Nakasone Years", in: Curtis 1993, S. 90-104
- The Comprehensive National Security Study Group (Ed.): *Report on Comprehensive National Security*, Tokyo, July 1980
- "Treaty of Mutual Cooperation and Security Between the United States of America and Japan", Washington DC, 19. Januar 1960
- United States Department of Defense, Office of International Affairs: *United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region*, Washington DC, February 1995
- Yahuda, Michael: *The International Politics of the Asia-Pacific, 1945-1995*, London/New York 1995